

Weissach im Tal, 28. 9. 2015

Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper

Am Rathaus 2

71522 Backnang

Offener Brief: Abstimmungsverhalten irritiert Bürgerenergiegenossenschaften

Sehr geehrter Herr Dr. Nopper,

Der Planungsausschuss der Region hat den Standort Zollstock-Springstein mit einer knappen Mehrheit von 17 zu 15 Stimmen bestätigt. Sie haben gegen den Standort gestimmt. Das endgültige Schicksal des Windparks entscheidet sich in der Sitzung des Regionalparlamentes am 30. September.

Nach den bekanntgewordenen Informationen begründen Sie Ihr Abstimmungsverhalten mit folgenden Argumenten:

- Verweis auf die Nähe zum Wanderheim Eschelhof,
- die wahrscheinliche Ablehnung durch die Flugsicherung
- Wegfall der Bündelungswirkung nach Reduzierung von 6 auf 2 Windräder
- Eingriff in die Landschaft ist zu groß

Weder die Nähe zum Eschelhof noch das zu erwartende Ausmass des Eingriffs in die Landschaft haben sich verändert (wenn es bei der Reduzierung von 6 auf 2 Räder bleibt, dann ist dieser eher geringer). Der Schwäbische Alpverein als Betreiber des Eschelhofes hat bestätigt, dass keine Einwände gegen den Windpark bestehen. Die Ablehnung durch die Flugsicherung wird zunehmend fragwürdiger. Nach einem aktuell vorliegenden Gutachten haben die Windräder keinen relevanten Einfluss auf die Flugsicherheit. Damit relativiert sich auch das Argument „Wegfall der Bündelungswirkung“. Aus fachlicher und rechtlicher Sicht spricht - abgesehen von der strittigen Frage zum Drehfunkfeuer - nichts gegen den Standort. Dieser ist sowohl von der Region als auch von der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Backnang im Flächennutzungsplanung berücksichtigt. Überdies haben sämtliche in der Region vertretenen Naturschutzverbände positive Stellungnahmen (BUND, NABU, LNV) zu dem Standort abgegeben.

Die Ablehnungsargumente halten einer näheren Betrachtung nicht stand.

Sie erinnern sich: Wir waren stolz darauf, dass es uns bereits 2013 gelungen war, die unterschiedlichen regionalen und lokalen Interessen an diesem Standort zu bündeln und zusammen mit den zwei Stadtwerken und den drei Energiegenossenschaften eine gemeinsame Bewerbung gegenüber ForstBW abzugeben. Wir als Energiegemeinschaft Weissacher Tal eG haben damals im Vertrauen auf eine gemeinsame Realisierung dieses interkommunalen Windparks auf die Zusage der EWS Schönau verzichtet, uns das Planungsrisiko in vollen Umfang abzunehmen.

Irritierend an Ihrem Abstimmungsverhalten ist insbesondere, dass nicht nur die beteiligten Bürgerenergiegenossenschaften grundsätzlich weiter an dem Standort interessiert sind, sondern auch die Stadtwerke Backnang, die als Konsortialführer sich schon seit Jahren aktiv um den Standort bemühen. Nach wie vor sind die Stadtwerke Backnang nicht abgeneigt sich zu beteiligen (vgl. StZ vom 19.9.).

Aufgrund der seinerzeit hohen Realisierungswahrscheinlichkeit hat das Konsortium sogar schon 50000 € ausgegeben für betriebswirtschaftliche Untersuchungen (ohne den nicht bezifferten personellen und sonstigen materiellen Aufwand der am Konsortium Beteiligten).

Sie erinnern sich auch an die sehr intensiven Diskussionen Ende letzten Jahres nach Abschluss der Due Diligence. Sie zeigten in den Gesprächen eine sehr unnachgiebige Haltung hinsichtlich der 12-monatigen Messung. Diese Messungen sind abgeschlossen und haben die Erwartungen mit 6,3 m/sec sogar noch übertroffen. Die Kosten dieser Messungen wurden wie gefordert in vollem Umfang vom Projektierer getragen. Alle Beteiligten gingen nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen davon aus, dass aus Sicht des Konsortiums und vor allem auch der Stadtwerke die Messergebnisse entscheidend sein würden für die weitere Verfolgung des Projektes.

Aufgrund Ihrer Stellung als OB von Backnang, Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Backnang und der Bürgerenergiegenossenschaft Murr eG haben alle Beteiligten auf ein widerspruchsfreies, loyales Verhalten von Ihnen vertraut.

Wir verstehen nicht, nach dem Ihre Forderungen nun erfüllt sind und sich im Übrigen die Gegebenheiten zumindest nicht verschlechtert haben, dass insbesondere Sie sich nun gegen den Standort entscheiden.

Sehr geehrter Herr Dr. Nopper, bitte Bedenken Sie, dass ein mögliches „Aus“ für den Standort nicht nur zum Schaden für Ihre Stadtwerke, die lokalen Energiegenossenschaften und letztlich für die gesamte Raumschaft führen kann.

Besonders aber würde Ihr überraschender Meinungsumschwung auch zu einem weiteren Vertrauensverlust in das Handeln politisch Verantwortlicher führen.

Wir bitten Sie deshalb, Ihre Haltung noch mal zu überdenken.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Knüdel

Udo Schmülling

Vorstand der